

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P. XXV/110

Bonn, den 18. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Unbeirrt und zielbewußt 45

Die Bundesregierung steht auf festem Boden

2 "Europa-Debatte"2 - Fehlanzeige 52

Von Wilhelm Dröscher SPD-MdB,
Mitglied des Europäischen Parlaments

3 Ein Schritt nach vorn 37

Wissenschaftliche Untersuchung von Auto-Unfällen

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

"Entsprechend dem Grundsatz der Rechtsgleichheit"
Treffen sozialdemokratischer Frauen in Straßburg
Von Dr. Elisabeth Orth, MdB

Kurz notiert

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 5300 Bonn 9,

Neussallee 2-10, Pressehaus I, Zimmer 217-224, Telefon: 228037-38, Telex: 886846 / 886847 / 886848 PPP D

verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Gerner Markschewski

Chefredakteur: Dr. E. Eckert, Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler

Unbeirrt und zielbewußt

Die Bundesregierung steht auf festem Boden

sp - Wer seines Weges sicher ist und über eine genügende Portion von Selbstvertrauen verfügt, läßt sich durch nichts beirren und steuert dem Ziel entgegen, das er sich gesetzt hat. Das gilt sowohl für den privaten als auch für den politischen Bereich.

Die Bundesregierung Brandt/Scheel, beauftragt von der Mehrheit der Bundesbürger, ist mit dem klaren Anspruch angetreten, längst fällige Reformen in weiten Bereichen unserer Gesellschaft in Angriff zu nehmen und den so notwendigen Ausgleich mit unseren östlichen Nachbarn anzustreben. Dabei wird es bleiben.

Die SPD/FDP-Regierung hat schon beachtliche Erfolge zu verzeichnen. Wenn heute auf unseren Universitäten und Hochschulen verhältnismäßige Ruhe herrscht, dann wohl deshalb, weil die studentische Jugend nun die Gewißheit hat, daß ihre berechtigten Forderungen nicht nur gehört, sondern auch Erfüllung finden werden. Die Diskussion um die Vermögenspolitik hat durch die Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages einen mächtigen Anstoß erhalten; der Einbau von vermögenswirksamen Leistungen in die Tarifverträge setzte der Gesellschaftspolitik neue Akzente. In der Bundeswehr ist Ruhe eingekehrt. Soldaten und Offiziere wissen ihre mannigfachen Nöte beim Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt gut aufgehoben. In ihm haben sie den besten Minister, den die Bundeswehr jemals besaß. Die Millionen von Rentnern einschließlich der Kriegsoffer und Kriegswitwen nehmen durch die gesicherte Dynamisierung der Renten am wirtschaftlichen Wachstum teil, sie stehen nicht mehr auf der Schattenseite. Die eingeleiteten, umfassenden Maßnahmen für die geistig- und körperlich Behinderten sprechen dem Gebot der Solidarität; sie füllen eine Lücke in unserer Sozialpolitik, die jeder als schmerzlich empfinden mußte, daß sich noch die Fähigkeit des Mitleidens und Mitfühlens bewahrt hatte.

Die Bundesregierung steht auf festem Boden. Sie wird ihr Programm, das sie sich in der Regierungserklärung vom 28. Oktober vorigen Jahres vorgenommen hat, Zug um Zug verwirklichen. Dieses Programm greift nicht nach den Sternen, es enthält nichts Unmögliches, es orientiert sich an den Bedürfnissen und Notwendigkeiten einer im raschen Wandel befindlichen Industriegesellschaft.

Auf dem so umstrittenen Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik hat die Bundesregierung nicht die geringste Veranlassung, auch nur ein Jota von ihren erklärten Zielen abzuweichen, auch dann nicht, wenn hier die Unionsparteien aus allzu durchsichtiger Gründe und im verblendeten Trotz ihre Mitwirkung versagen sollten. Die Suche nach einer baldigen Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn entspricht dem Gebot der politischen Vernunft, den Lebensinteressen unseres Volkes und den übergeordneten Erwartungen der Weltpolitik.

Diese Bundesregierung weiß, was sie will. Unbeirrt und zielbewußt geht sie ihren Weg in dem Bewußtsein, damit dem ganzen Volk zu dienen.

+ + +

"Europa-Debatte"? - Fehlanzeige

Von Wilhelm Dröschner, SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Es sollte für die CDU der große kritische Tag der Europapolitik werden. Hart sollte die sozial-liberale Koalition von dem Vorwurf getroffen werden, sie vernachlässige ob der Deutschland- und ostpolitischen Initiativen die Europapolitik. So hatte es die CDU/CSU gewollt. Das hatte sie in ihrer großen Anfrage angestrebt. Aber wie weiland die homerischen Helden von Troja erschöpften sich die Kiesinger, Barzel und Strauß in Schimpfkanonaden, anstatt die ehrliche Auseinandersetzung zu suchen.

Die Europa-Debatte fand nicht statt, obwohl der Bundesaußenminister das Feld abgesteckt und ausgeleuchtet hatte. In sechs Thesen hatte er das herausgestellt, was in der Außenpolitik der ersten acht Monate für die Bundesrepublik als Erfolg gewertet werden muß: Der erzielte Durchbruch, über den in der Welt einzigartigen Erfolg eines freiwilligen Zusammenschlusses hinaus, zur begonnenen Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion - mit dem Ziel ganz West- und Mitteleuropa zu einer vorbildlichen "Zone des Fortschritts" zu machen.

Die alte Streitfrage, ob zuerst Vollendung oder zuerst Erweiterung, ist für Scheel ausgestanden. Er sagte: Europa darf nicht nur nach innen, es muß auch nach außen wachsen. Und dann muß es mit einer Stimme sprechen, wozu die Entwicklung politischer Solidarität Voraussetzung ist. Nur dann kann Europa den ihm zukommenden Platz in der Welt einnehmen. Die Bundesregierung wird sich weiterhin für allgemeine, direkte Wahlen zum Europäischen Parlament einsetzen, weil Europa-Politik ohne parlamentarische Mitwirkung nicht denkbar ist.

So war ein Feld abgesteckt, auf dem man trefflich hätte streiten können. So über den immer offener werdenden Widerspruch in der CDU/CSU, die bei den Bauern so agrarfreundlich, preiserhöhend und mansholtfeindlich sein will, gleichzeitig aber die europäischen "Altsupranationalen" wie Hallstein u.a. lautstark neue europäische Impulse verkünden läßt. Es ist auch deutlich, daß man nicht gleichzeitig Weinmarktordnungen mit dem Wort "Die Zeche zahlt der deutsche Wäzner" verteufeln kann - wie das die CDU im Rebenland Rheinland-Pfalz ständig tut - und andererseits ein "Hoch" auf europäische Marktordnungen ausbringen kann. Da werden dann die Grenzen der Glaubwürdigkeit erreicht.

Wie schön wäre es gewesen, einmal den Kollegen Abgeordneten und der deutschen Öffentlichkeit Kosten und Gründe der EWG-Agrarfinanzierung auf den Tisch zu legen und zu erläutern, warum die deutschen Steuerzahler 35 v.H. von elf bis 12 Milliarden DM jährlich für Marktordnungen bzw. zuviel erzeugte Agrargüter bezahlen müssen. Und warum die Verbraucher in der EWG Lebensmittel teurer kaufen als die Verbraucher in USA und England.

Oder hätte sich nicht eine Diskussion darüber gelohnt, warum dieses Europa in Gefahr gerät, sehr bald eine Gemeinschaft zu sein, in der Großfinanz und Großwirtschaft in europäischen Dimensionen kooperieren, wo aber die soziale Harmonisierung und die Integrierung der Interessen der Arbeitnehmer nicht vorangeht.

Viele Themen wären möglich gewesen - aber die Opposition suchte ein anderes Schlachtfeld, auf dem mehr Nebel war und wo die Helden besser rabulistisch schimpfen konnten.

Ein Schritt nach vorn

Wissenschaftliche Untersuchung von Auto-Unfällen

re. - Das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg hat einen entscheidenden Schritt in Richtung Verkehrsicherheit nach vorn getan. Mit Computern, Magnetbändern und Datenauswertung will man jetzt wissenschaftlich den Unfallursachen auf die Spur kommen, und den Automobilfabriken konkrete Hinweise geben, wo die schwachen Stellen bei den Kraftfahrzeugen liegen. Möglicherweise führt die jetzt angelaufene Arbeit des Kraftfahrtbundesamtes eines Tages dazu, daß über Industrienormen und Sicherheitsbestimmungen bei den Automobilen die schwachen Stellen, die zu Unfällen führen, beseitigt werden. Ob dazu dann noch ein Bundesgesetz notwendig wird, sei dahingestellt.

Die Forderung, eine zentrale Unfallursachenforschung einzuleiten, wurde im letzten Jahr im Deutschen Bundestag erhoben. Die Anregung kam von sozialdemokratischer Seite. Das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg ist für eine derartige Unfallursachenforschung am besten geeignet. Es besitzt auf Magnetbändern gespeichert alle Daten der zugelassenen Kraftfahrzeuge und Anhänger. Es hat ferner ein Verkehrszentralregister über Verkehrsunfälle mit 3,2 Millionen konkreten Angaben. Schließlich sammelt das Amt in Flensburg die Erfahrungen der technischen Überwachungsvereine und wertet sie aus.

Dazu wurde jetzt die neue technische Abteilung für Unfallursachenforschung beigegeben. Ärzte, Psychologen und Diplomingenieure werden eingestellt, elektronische Rechenanlagen installiert. Auf diese Weise will man wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse über das Unfallgeschehen sammeln. In Verfolg dessen kann man mit Ergebnissen darüber rechnen, wie Straßen besser anzulegen und vor allem Kraftfahrzeuge sicherer zu bauen sind. Es wird nunmehr auch einwandfrei möglich werden, das Verhalten des Kraftfahrers im Straßenverkehr wissenschaftlich zu untersuchen. Daran knüpfen sich möglicherweise besondere Ausbildungsbestimmungen für die Fahrlehrer.

Bisher hat das Kraftfahrtbundesamt 100.000 Mängelberichte der technischen Überwachungsvereine aus den Räumen Norddeutschland, Essen und München auf Magnetbänder genommen. Das Material wird nach Mängelgruppen, Autotypen und deren Baujahren ausgewertet. So kommt man dem Verschleiß anfälliger Fahrzeugteile auf die Spur. Auf diese Weise wird es möglich werden, daß auch die technischen Überwachungsvereine selbst eindeutiger Prüfungsrichtlinien für abzunehmende Automobile festlegen.